

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d



Inhalt

Renate Schmidt MdB fordert ein wirksames Konzept für die AIDS-Bekämpfung: Ratio statt Razzia.

Seite 1

Dr. Rose Götte MdB stellt Fragen zur Souveränität der Bundesrepublik: Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

Seite 3

Ernst Waltemathe MdB fordert, Lehren aus dem Erfolg der Rechtsextremisten in Bremen zu ziehen: Wehret den Anfängen!

Seite 4

Wolfgang Roth MdB kommentiert den Fehlschlag der Stahlkrisensitzung in Brüssel: Feigheit vor überfälligen Entscheidungen.

Seite 6

42. Jahrgang / 180

22. September 1987

Ratio statt Razzia

Zur AIDS-Bekämpfung brauchen wir ein geschlossenes Konzept zur Aufklärung und Hilfe

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied der Enquete-Kommission AIDS des Deutschen Bundestages

Am heutigen Tag führt die SPD im Erich-Ollenhauer-Haus ein Werkstattgespräch „AIDS in unserer Gesellschaft“ durch. Ziel ist es, die gesellschaftlichen Probleme und Auswirkungen der Krankheit AIDS in den Vordergrund zu rücken. Betroffene, Selbsthilfegruppen und Betreuungspersonen und Initiativen sind eingeladen, um ihre Erfahrungen über den Umgang mit der Krankheit und den Betroffenen sowie über ihre Erfahrungen in Beratung und Betreuung zu berichten.

Für die Politiker/Innen wird es vor allem darauf ankommen, den Dialog mit den Gruppen zu führen, die selbst betroffen sind und aus diesem Dialog Rückschlüsse auf die politisch notwendigen Schritte zu ziehen.

Immer deutlicher wird, daß es von Seiten der Bundesregierung keinerlei geschlossenes Konzept zur AIDS-Bekämpfung gibt. In einer unübersichtlichen Vielzahl von Kommissionen, Verordnungen und Zuständigkeitsangelegenheiten unter den verschiedenen Ressortchefs der Bundesregierung ist ein geschlossenes Konzept zur AIDS-Bekämpfung nicht erkennbar.

Die Auseinandersetzungen zwischen CSU und CDU (die letztendlich für dieses Wirrwarr verantwortlich sind) drohen auch in diesem Fall zu einem nationalen Sicherheitsrisiko zu werden. Die Koalitionsvereinbarung ist demmaßen schwammig, daß Herr Gauweiler ebenso wie Frau Süßmuth die eigene Position bestätigt sehen kann.

In dieser Frage die Auseinandersetzung mit der CSU intensiv zu führen, ist die an sich zuständige Bundesgesundheitsministerin offensichtlich nicht willens. So flüchtet sich die Bundesregierung in eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die keinerlei Koordination erkennen lassen:

— Das Bundesforschungsministerium mit Minister Riesenhuber läßt einen Bericht veröffentlichen, in dem eingestanden wird, daß dem Ministerium nicht einmal die Zahl der Wissenschaftler bekannt ist, die zur Zeit zum Thema AIDS forschen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtiger Umgang
mit dem alten Rohstoff
Recycling-Papier



- Das Bundesministerium mit Minister Zimmermann läßt HIV-Infizierte in INPOL speichern und will AIDS-Verdächtigen die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigern.
- Das Auswärtige Amt mit Minister Genscher gibt Anweisungen, Visa nur unter Vorbehalt zu erteilen und testet heimlich Diplomaten-Anwärter.
- Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit Ministerin Süsmuth beruft einen „nationalen AIDS-Beirat“, dessen Kompetenzen und Arbeitsauftrag völlig ungeklärt sind.
- Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit Ministerin Süsmuth feiert die Errichtung eines nationalen AIDS-Zentrums sowie die Errichtung einer nationalen AIDS-Stiftung, wobei über die Arbeit dieser beiden Institutionen kaum etwas bekannt wird.

Außer einer Vielzahl isolierter Institutionen sowie zahlreicher Modellprojekte hat das Bundesgesundheitsministerium nichts vorzuweisen. Die groß angekündigte Aufklärungskampagne erweist sich letztendlich als viel zu kurz gegriffen. Statt Klartext zu reden, beschränkt sich die „Aufklärung“ auf die Hinweise, sich testen zu lassen und das Bundesgesundheitsamt anzurufen. Diese mit Betroffenen und Selbsthilfegruppen in keinsten Weise abgestimmte Kampagne kann nur zu einer weiteren Verunsicherung führen - tatsächliche Aufklärung für die Bevölkerung wird sie jedenfalls nicht bewirken.

Eines der Ziele des Werkstattgespräches ist es, von den Organisationen der Betroffenen Hinweise zu erhalten, die ein geschlossenes Anti-AIDS-Konzept nach deren Meinung, die durch die Praxis gestützt wird, aussehen muß. Die SPD fordert ein nationales AIDS-Programm unter Einbeziehung und aktiver Mitwirkung der Selbsthilfegruppen, daß sich an den folgenden Leitlinien orientieren muß:

1. Keine Diskriminierung von HIV-Positiven und AIDS-Kranken (auch nicht beim Versicherungsschutz).
2. Keine HIV-Zwangs- und Routine-Testungen.
3. Keine allgemeine Meldepflicht, statt dessen effektive Aufklärung (sicherlich können hier in einem Werkstattgespräch die Erfahrungen aus dem Ausland sehr wichtig sein) und Beratung hat Vorrang vor statistischen Erfassungszwecken.
4. Stärkung der Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe; die AIDS-Hilfe-Organisationen müssen gestärkt werden.

Sämtliche zu ergreifenden Maßnahmen sollten unter dem Motto „Ratio statt Razzia“ stehen, denn dies ist der einzig sinnvolle Weg zur „AIDS-Bekämpfung“. Die SPD wird die Erfahrungen und Forderungen der Betroffenen, Selbsthilfegruppen und Betreuungsparsonen und Institutionen in ihrer Arbeit aufgreifen und gemeinsam mit ihnen ein geschlossenes Konzept zur AIDS-Bekämpfung entwickeln.

(-/22.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Wie souverän ist eigentlich die Bundesrepublik?

Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander

Von Dr. Rosa Götte MdB

Grundsätzlich, so erklärt die Bundesregierung immer wieder, ist die Bundesrepublik seit 1955 gleichberechtigtes Mitglied in der Atlantischen Allianz. So heißt es im Deutschlandvertrag in Artikel 1, Absatz 2: „Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.“ Daraus folgt nach Meinung der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Adam-Schwaetzer, daß zwischen der Bundesregierung und den Bündnispartnern Übereinstimmung darin bestehe, daß „Maßnahmen, die vom Boden der Bundesrepublik Deutschland ausgehen, nur mit Zustimmung der Bundesregierung vorgenommen werden können.“

Diese Meinung wurde von Staatsminister Helmut Schäfer noch einmal nachdrücklich bestätigt, der am 19. Mai feststellte: „Weder der Nordatlantikvertrag noch der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland übertragen das Recht, ohne Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland Militärtransporte von amerikanischen Basen in der Bundesrepublik in Gebiete außerhalb des nordatlantischen Gebietes durchzuführen. Damit bleibt es dabei, daß derartige Transporte der Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland bedürfen.“

Die Realität ist: theoretischer Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander.

Als nämlich von der US-Regierung 500 TOW-Panzerabwehrraketen von Ramstein aus an den Iran geliefert wurden, war die Bundesregierung darüber nicht unterrichtet. Bisher ist nicht bekannt, daß die Bundesregierung gegen diese Verletzung ihrer Souveränität protestiert hätte.

Ein zweites Beispiel, an dem ersichtlich wird, wie gering die US-Regierung die verbrieften Rechte der Bundesrepublik Deutschland einschätzt: Die amerikanische Regierung hat - ohne deutsche Regierungsteilen auch nur zu informieren - den Vertrag zur Führung der Militärbankgeschäfte für die in der Bundesrepublik stationierten US-Truppen an ein amerikanisches Bankinstitut vergeben, das in Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut nicht aufgeführt und somit zur Führung der Militärbankgeschäfte nicht autorisiert ist. Ein solcher Wechsel der Vertragsbank kann nach Artikel 72, Absatz 4 des Zusatzabkommens „nur im Einvernehmen mit den deutschen Behörden“ vollzogen werden. Der hierzu notwendige Antrag wurde von der US-Regierung im Auswärtigen Amt erst eingereicht, nachdem die Vertragsverhandlungen mit der neuen Bank bereits abgeschlossen waren. Die Bundesregierung hat auch dagegen bisher nicht protestiert. (—/ 22.9.1987/rs/fr)

* * *



Wehret den Anfängen!

Die Demokraten müssen aus dem Bremer Erfolg der Rechtsextremisten Lehren ziehen

Von Ernst Waitemathe MdB
Mitglied des SPD-Landesvorstands Bremen

Genau genommen waren es 3.703 Wählerinnen und Wähler in Bremerhaven, die der „Liste D“ der DVU zum Einzug mit einem Abgeordneten in den Bremer Landtag und mit zwei Vertretern in die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven verhalfen. Denn die 3.703 Bürgerinnen und Bürger machten bei sehr niedriger Wahlbeteiligung im Wahlbereich Bremerhaven einen Anteil von 5,4 Prozent aus. In der Stadtgemeinde Bremen, die 80 Prozent der Bevölkerung des kleinsten Bundeslandes stellt, mithin viereinhalb mal soviel als Bremerhaven, erhielt die Liste D 9.593 Stimmen, also etwa zweieinhalb mal soviel wie in Bremerhaven, was „nur“ einen Anteil von knapp drei Prozent ausmachte.

Insgesamt entschied sich immerhin im Durchschnitt des Landes Bremen 3,41 Prozent der Wählerschaft für die rechtsextremistische Liste D des Dr. Gerhard Frey und 1,2 Prozent für die Republikaner des Herrn Schönhuber. Von knapp 390.000 abgegebenen Stimmen entfielen immerhin 18.000 auf Parteien, die nationalistische und ausländerfeindliche Töne schwingen.

Es gibt zwei Gefahren:

- a) dieses Teilergebnis zu verharmlosen und Tendenzen eines Anwachsens der Gefahren von rechts;
- b) eine Dramatisierung, die zu hysterischen Reaktionen führen könnte und dazu verleiten würde, mit falschen Mitteln zu kämpfen.

In Verfassungsschutzberichten der Bundesregierung ist immer mehr ausgesagt über Gefahren des Linksextremismus. Nach dem Bremer Wahlergebnis ist dies außerhalb jedes vernünftigen Verhältnisses. Die DKP hatte in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven zusammen 2.163 Stimmen (0,55 Prozent) erhalten, und die Marxisten/Leninisten brachten es auf ganze 200, was gerade ein halbes Promille bedeutet. Da sind schon von der Größenordnung her etwa 18.000 Wählerinnen und Wähler rechtsextremistischer Parteien schon eine gefährlichere Größenordnung.

Nun wäre es verkehrt, zu unterstellen, alle diese Wählerinnen und Wähler wären ihrerseits schon verlorene Töchter und Söhne der Demokratie. Es verbirgt sich hinter einer Wahlentscheidung sicher



ein Gutteil Protest und Verzweiflung. Das ist eine Erklärung für den Unterschied zwischen dem Bremer und Bremerhavener Wahlergebnis: In Bremerhaven sind die Wirtschaftsstrukturen noch mehr gebeutelt, liegt die Arbeitslosigkeit über 16 Prozent. Da haben es Rattenfänger leichter als anderswo. Immerhin ist die DVU auch von jungen Menschen gewählt worden und nicht nur von unbelohnbaren Nazis.

Andererseits haben Wahlkampf und Wahlergebnis gezeigt, daß bei einem Zusammenstehen demokratischer Kräfte der politische Kampf gegen rechts mit Aufklärung und Aktionen sich lohnt. So haben in Bremer Ortsteilen, die potentiell anfällig sind für radikale Parolen, weil dort hohe Arbeitslosigkeit herrscht und vor vier Jahren die Traditionswerft AG Weser zusammengebrochen ist, von 10.000 Wählerinnen und Wählern ganze 300 sich zur Wahl der Liste D hinreißen lassen, annähernd 69 Prozent haben SPD gewählt. Hier hatte sich eine Wählerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus aus politisch Engagierten, Gewerkschaftern und aktiven evangelischen Christen gebildet und systematisch Aufklärungsarbeit über Parteigrenzen hinweg betrieben.

Die Liste D hat einen aufwendigen Materialwahlkampf mit ständigen, von der Post verteilten Wurfungen an alle Haushalte, Anzeigen beziehungsweise Zeitungsbeilagen und Großplakaten betrieben und dafür schätzungsweise mindestens zwei Millionen DM aufgewendet. Das ist soviel wie alle anderen Parteien zusammen ausgegeben haben. Bremer Zeitungsverlage haben Anzeigen der DVU nicht angenommen, die Bremerhavener „Nordsee-Zeitung“ dagegen sehr wohl! Auch hier mag eine weitere Erklärung für die Unterschiedlichkeit des Wahlergebnisses zu suchen sein.

Die Bremer SPD freut sich über ihr sehr gutes Abschneiden mit Sicherung der absoluten Mehrheit an Wählerstimmen. Sie übersieht aber nicht, daß der Einzug eines rechtsextremistischen Vertreters in den Landtag mehr ist als nur ein Schönheitsfehler. In Beschlüssen der Delegiertenkonferenzen, die jetzt stattgefunden haben, sind sich die Sozialdemokraten einig darüber, daß verstärkt örtliche Initiativen gegen rechts gebildet und unterstützt werden müssen, daß wir in einem weltoffenen Stadtstaat humane Bedingungen und eine liberale Handhabung des Asylrechts einer Politik der Ausgrenzung von Minderheiten gegenüberstellen und insbesondere Aufklärung und Erziehungsarbeit an Schulen, Jugendeinrichtungen und Betrieben forcieren wollen.

Es gilt, den Anfängen zu wehren und Widerstand gegen Entwicklungen zu organisieren, die schon einmal zur Katastrophe geführt haben.

(-/22.9.1987/va-he/rs)

* * *



Feigheit vor überfälligen Entscheidungen

Fehlschlag der Stahlkrisensitzung in Brüssel

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik

Ohne konkretes Ergebnis ist die Stahlkrisensitzung der Wirtschafts- und Industrieminister der Europäischen Gemeinschaft zu Ende gegangen. Die Vertagung notwendiger Entscheidungen auf den Dezember und die Einsetzung von Moderatoren zeigen die ganze Hilflosigkeit der in Brüssel versammelten Minister. Wir haben in der Bundesrepublik einschlägige Erfahrungen mit einem Moderatorenkonzept für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie. Dieses Konzept ist im wesentlichen an der Entschlußunfähigkeit der Bundesregierung gescheitert. Auch noch so kompetenter Sachverstand kann politische Entscheidungen nicht ersetzen.

Der Fehlschlag des Brüsseler Stahl-Rates war jedoch zu erwarten, nachdem der zuständige EG-Kommissar, Karl-Heinz Narjes, einen Vorschlag zur Sanierung der europäischen Stahlindustrie vorgelegt hatte, der für die Bundesrepublik Deutschland unnehmbar ist:

- Die Beschränkung der Quotenregelung auf schwere Formstähle und Flacherzeugnisse und die Liberalisierung der Walzdraht- und Stabstahlmärkte bedeutet den sicheren Tod der oberfränkischen Maxhütte in Suizbach-Rosenberg und der saarländischen Stahlindustrie.
- Das Finanzierungsmodell für den von der Kommission anvisierten Kapazitätsabbau belastet vornehmlich die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, die in der Vergangenheit bereits überproportional hohe Anpassungsleistungen - ohne staatliche Hilfen wie bei unseren europäischen Nachbarn - erbracht hatte.

In den vergangenen zehn Jahren wurde in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bereits ein Drittel der Beschäftigung abgebaut, und heute stehen wiederum 20 Prozent aller Stahlarbeiter in der Bundesrepublik auf den Entlassungslisten der Stahlkonzerne. Die Städte und Gemeinden an Rhein und Ruhr, an der Saar, an der Küste, in Niedersachsen und in Oberfranken stehen dann vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

All dies bekümmert die Bundesregierung wenig. Seit Monaten schiebt sie notwendige Entscheidungen vor sich her. Anstatt den provokativen Vorschlägen der EG-Kommission eine deutliche Absage zu erteilen, laviert die Bundesregierung und versucht, ihre Verantwortung nach Brüssel abzuschieben.

Wir erinnern die Bundesregierung an ihr Versprechen, alles zu tun, um

- Massenentlassungen zu vermeiden;
- Hilfen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den Stahlandorten bereitzustellen;
- unumgänglich notwendige Anpassungsprozesse sozial zu flankieren.

Die SPD hat ihre Vorschläge zur Bewältigung der Krise in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vorgelegt. Mit Nachdruck fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den betroffenen Landesregierungen das Zwei-Milliarden-Programm „Zukunftsinitiative Montanregionen“ unverzüglich auf den Weg zu bringen. Mit unverbindlichen Plaudereien des Herrn Bundeskanzlers mit den Tarifvertragspartnern in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie ist es jetzt nicht mehr getan.

(-/22.9.1987/va-he/rs)

* * *

